

Pressemitteilung: 13 300-066/24

Öffentliche Schulden 2023 um 20,4 Mrd. Euro gestiegen

Defizit mit 2,7 % unter Maastricht-Grenze, Schuldenquote mit 77,8 % darüber

Wien, 2024-03-28 – Laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria betrug das öffentliche Defizit im Jahr 2023 2,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 12,7 Mrd. Euro. Der öffentliche Schuldenstand erhöhte sich um 20,4 Mrd. Euro auf 371,1 Mrd. Euro zu Jahresende 2023. Die Schuldenquote – das Verhältnis der Staatsschulden zur nominellen Wirtschaftsleistung – ging allerdings aufgrund der Entwicklung des BIP (nominell: +6,7 %, real: -0,8 %) von 78,4 % auf 77,8 % zurück.

„Der Österreichische Staat hat im Jahr 2023 mehr Geld ausgegeben als je zuvor. Die Anpassung der Gehälter und Pensionen aufgrund der Teuerung sowie Maßnahmen zur Abfederung der Energiekrise haben die öffentlichen Ausgaben auf einen neuen Rekordwert von 248,8 Mrd. Euro anwachsen lassen. Gleichzeitig haben die inflationsbedingt gestiegenen Einnahmen und das kräftige Wachstum der nominellen Wirtschaftsleistung dazu geführt, dass das Budgetdefizit mit 2,7 % erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie unter der Maastricht-Grenze von 3 % lag; die Schuldenquote ist mit 77,8 % hingegen weiterhin deutlich von den europäischen Vorgaben entfernt“, so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Die Staatseinnahmen stiegen im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 um 6,2 % bzw. um 13,9 Mrd. Euro auf 236,1 Mrd. Euro. Die Staatsausgaben erhöhten sich um 5,0 % bzw. um 11,9 Mrd. Euro auf 248,8 Mrd. Euro. Daraus resultiert ein gesamtstaatliches Defizit von 12,7 Mrd. Euro, nach 14,6 Mrd. Euro im Jahr 2022. Gemessen am BIP zu laufenden Preisen lag das öffentliche Defizit 2023 bei 2,7 % (2022: 3,3 % des BIP). Somit verbesserte sich der Finanzierungssaldo 2023 – trotz des Konjunkturunbruchs, den deutlich gestiegenen Mehrausgaben bei den Arbeitnehmerentgelten und den monetären Sozialleistungen – um 2,0 Mrd. Euro (0,6 Prozentpunkte) im Vergleich zum Vorjahr.

Staatsausgaben weiter auf hohem Niveau gestiegen

Die **Staatsausgaben** stiegen 2023 um 5,0 % bzw. 11,9 Mrd. Euro. Personalaufwand (+8,7 %) und Monetäre Sozialleistungen (+6,8 %) wuchsen dabei aufgrund der inflationsbedingt hohen Gehalts- und Pensionsabschlüsse 2023 überdurchschnittlich. Wie bereits im Vorjahr spiegeln sich in den Ergebnissen die zusätzlichen Ausgaben zur Abmilderung der hohen Energiekosten wider. Diese waren vor allem in den Subventionen enthalten: Im Jahr 2023 entfielen 3,1 Mrd. Euro von insgesamt 11,2 Mrd. Euro Subventionen auf Maßnahmen wie den Energiekostenzuschuss II oder die Stromkostenbremse. Insgesamt sanken die Subventionen zwar durch den Rückgang der COVID-19-Maßnahmen, lagen aber dennoch deutlich über den Ausgaben der Vorkrisenjahre (z. B. 5,8 Mrd. Euro im Jahr 2019).

Die allgemein höheren Finanzierungskosten zeigten sich ebenfalls in den gestiegenen Staatsausgaben: Die Zinsausgaben für die Staatsschulden erhöhten sich im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mrd. Euro. Der größte Anstieg der absoluten Zinslast konnte auf Bundesebene verzeichnet werden, da auch hier der Großteil der Schulden zu verbuchen war.

Steuereinnahmen deutlich moderater gewachsen als in den Vorjahren

86,7 % der **Staatseinnahmen** im Jahr 2023 stammten aus Steuern und Sozialbeiträgen, die in Summe 204,8 Mrd. Euro ausmachten. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 5,4 %, bzw. 10,6 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen 2023 waren im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 4,5 % höher.

Die Ergebnisse für das Jahr 2023 zeigen einen deutlich geringeren Einnahmewachst als in den beiden Vorjahren. Vor allem diverse steuerrechtliche Maßnahmen (z. B. die Abschaffung der kalten Progression) und die rezessive wirtschaftliche Entwicklung führten zu deutlich geringeren Einnahmestiegen bei den Einkommens- und Vermögensteuern, von nur 2,0 Mrd. Euro (3,1 %) im Vergleich zu 8,0 Mrd. Euro im Vorjahr (14,0 %) bzw. 7,5 Mrd. Euro im Jahr 2021 (15,2 %). Auch die Produktions- und Importabgaben, mit einem Anstieg von 3,6 Mrd. Euro (5,8 %) im Vergleich zu 5,2 Mrd. Euro im Jahr 2022 (9,3 %) und 4,6 Mrd. Euro in 2021 (9,0 %), steigerten die Staatseinnahmen – trotz anhaltend hoher Inflation – deutlich weniger als in den Vorjahren.

Öffentlicher Schuldenstand Ende 2023 bei 371,1 Mrd. Euro

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 betrug der öffentliche **Schuldenstand** 371,1 Mrd. Euro, dies sind 20,4 Mrd. Euro mehr als am Ende des Vorjahres. Nach der Art der Verschuldung aufgeteilt entfielen Ende 2023 vom Schuldenstand 326,8 Mrd. Euro auf Anleihen, 42,4 Mrd. Euro auf Kredite und 1,9 Mrd. Euro auf Einlagen.

Der größte Anteil des Anstiegs des öffentlichen Schuldenstands entfiel auf den Bundessektor mit 16,6 Mrd. Euro. Der Anstieg im Bundessektor wurde durch die anderen Teilsektoren um 3,9 Mrd. Euro noch verstärkt, besonders durch eine Schuldenerhöhung im Landes- und Gemeindefektor.

Den größten Teil der Erhöhung der Schulden des Bundessektors machte die Kerneinheit Bund aus, da mit den neu aufgenommenen Schulden vor allem die Abdeckung des laufenden Defizits finanziert wurde.

Detaillierte Ergebnisse bzw. weitere Informationen zu den öffentlichen Finanzen finden Sie auf unserer [Website](#).

Tabelle 1: Öffentliche Finanzen – Eckdaten des Staates

	2020	2021	2022	2023
Staatseinnahmen in Mrd. Euro	185,9	204,3	222,3	236,1
davon				
Steuereinnahmen	101,1	113,2	126,5	132,1
Sozialbeiträge	61,1	64,2	67,8	72,7
Produktionserlöse	16,7	17,9	19,4	20,8
Sonstige	7,0	8,9	8,6	10,5
Staatsausgaben in Mrd. Euro	216,4	227,7	236,9	248,8
davon				
Sozialleistungen	93,3	97,3	100,7	107,7
davon monetäre Sozialleistungen	77,3	78,9	81,6	87,1
Personalaufwand	43,2	44,8	46,5	50,6
Sachaufwand	25,9	30,3	32,0	32,9
Subventionen	19,0	18,8	11,8	11,2
Investitionen	12,9	14,4	18,7	16,9
Zinsausgaben	5,1	4,5	4,2	5,6
Sonstige Ausgaben	17,0	17,5	22,9	23,9
Defizit/Überschuss in Mrd. Euro	-30,4	-23,4	-14,6	-12,7
Defizit/Überschuss in % des BIP	-8,0	-5,8	-3,3	-2,7
BIP in Mrd. Euro	380,9	405,2	447,2	477,2

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen. – Berechnungsstand: 28.03.2024. – Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Tabelle 2: Öffentlicher Schuldenstand, absolut und in Prozent des Bruttoinlandprodukts im Vergleich zum Vorjahr nach Teilsektoren des Staates

Teilsektoren des Staates	in Mrd. Euro		in % des BIP	
	2022	2023	2022	2023
Staat insgesamt	350,7	371,1	78,4	77,8
Bundessektor	306,5	323,1	68,5	67,7
Landessektor	24,1	25,7	5,4	5,4
Gemeindesektor	19,2	21,1	4,3	4,4
Sozialversicherungssektor	0,9	1,2	0,2	0,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen. – Berechnungsstand: 28.03.2024. – Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Informationen zur Methodik, Definitionen: Die Staatseinnahmen und -ausgaben werden nach dem Europäischen System für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (ESVG 2010) kategorisiert. Das öffentliche Defizit bzw. der öffentliche Überschuss ergeben sich aus der Differenz von Staatseinnahmen und Staatsausgaben. Die angeführten Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen beinhalten auch jene verauslagten Steuern und Sozialbeiträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist.

Bei der staatlichen Verschuldung handelt es sich um einen Brutto-Schuldenstand. Dies bedeutet, dass von den Schulden des Staates seine Finanzaktiva nicht abgezogen werden.

Die Unterschiede in der Veränderung des öffentlichen Schuldenstands und dem öffentlichen Budgetsaldo werden im sogenannten „stock-flow-Adjustment“ erfasst. Das kann zum Beispiel aus einem Verkauf von staatlichen Finanzaktiva entstehen oder aus einer Periodenabgrenzung von Emissionsdisagien, die 2023 ein hohes Volumen verzeichneten.

Grundlage für das Berichtsjahr 2023 sind der vorläufige Rechnungsabschluss des Bundes, die Quartalsdaten der Länder und Gemeinden, die vorläufige Finanzstatistik des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger sowie erste Informationen zu außerbudgetären Einheiten. Statistik Austria erstellt als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zweimal pro Jahr Daten über den Sektor Staat und publiziert sie jeweils Ende März und Ende September. Diese Termine entsprechen den Verpflichtungen gemäß den EU-Verordnungen Nr. 549/2013 (ESVG 2010) und Nr. 222/2014 (Maastricht-Statistiken), diese Daten sowie Statistiken über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand an die Europäische Kommission (Eurostat) zu notifizieren. Die Daten gemäß der angeführten EU-Verordnungen werden erstellt für den Sektor Staat insgesamt und die vier Teilsektoren Bundesebene, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherung.

Bei Rückfragen zum Thema wenden Sie sich an:

Kerstin Gruber, Tel.: +43 1 711 28-7875, E-Mail: kerstin.gruber@statistik.gv.at

Lukas Dörfler, Tel.: +43 1 711 28-7816, E-Mail: lukas.doerfler@statistik.gv.at

Agnes Singer-Pesau, Tel.: +43 1 711 28-7169, E-Mail: agnes.singer-pesau@statistik.gv.at

Medieninhaberin, Herstellerin und Herausgeberin:

STATISTIK AUSTRIA | Bundesanstalt Statistik Österreich | Guglgasse 13 | 1110 Wien | www.statistik.at

Pressestelle: Tel.: +43 1 711 28-7777 | E-Mail: presse@statistik.gv.at

© STATISTIK AUSTRIA